

FHL fordert »stärkere Rolle der Krankenhausdirektionen«

Krankenhäuserföderation mit Gesetzesprojekt der Regierung zufrieden

Glaubt man dem Patronatsdachverband FHL (Fédération des Hôpitaux Luxembourgeois), dann befinden sich die Direktionen der Krankenhäuser derzeit in einer beklagenswerten Lage. Während die Patienten mittlerweile »viele Rechte und Wahlmöglichkeiten« hätten, und auch die unabhängigen Spitalsärzte »viele Rechte« im Rahmen ihrer Therapiefreiheit genossen, befänden sich die Krankenhausdirektionen derzeit »zwischen Hammer und Amboß«, erklärte FHL-Präsident Paul Junck am Montag auf einer Pressekonferenz. Obwohl die Direktionen »immer mehr Verantwort-

ung« (bis hin zur juristischen) übernehmen müßten und ihre Pflichten immer mehr würden, hätten sie derzeit »ganz wenig Einfluß«, »Arzt und Patient« würden »zusammen entscheiden, was im Spital gemacht wird«. Deshalb begrüßt die Krankenhäuserföderation das Gesetzesprojekt der Regierung, das darauf abziele, »die Rolle der Krankenhausdirektionen zu stärken«.

Zu den drängendsten Herausforderungen des Spitalssektors gehöre es, so Junck weiter, neben einer Reihe von EU-europäischen Herausforderungen wie der »Patientenmobilität über Ländergrenzen

hinweg« sowie der juristischen Verantwortlichkeit z.B. bei einer im Krankenhaus erworbenen Infektion, den Fortschritten in der Medizin mit der Krankenhausorganisation Rechnung zu tragen und die Krankenhausärzte »stärker in den Gesamtprozeß einzubinden«.

Kein Verständnis für Ärzteproteste

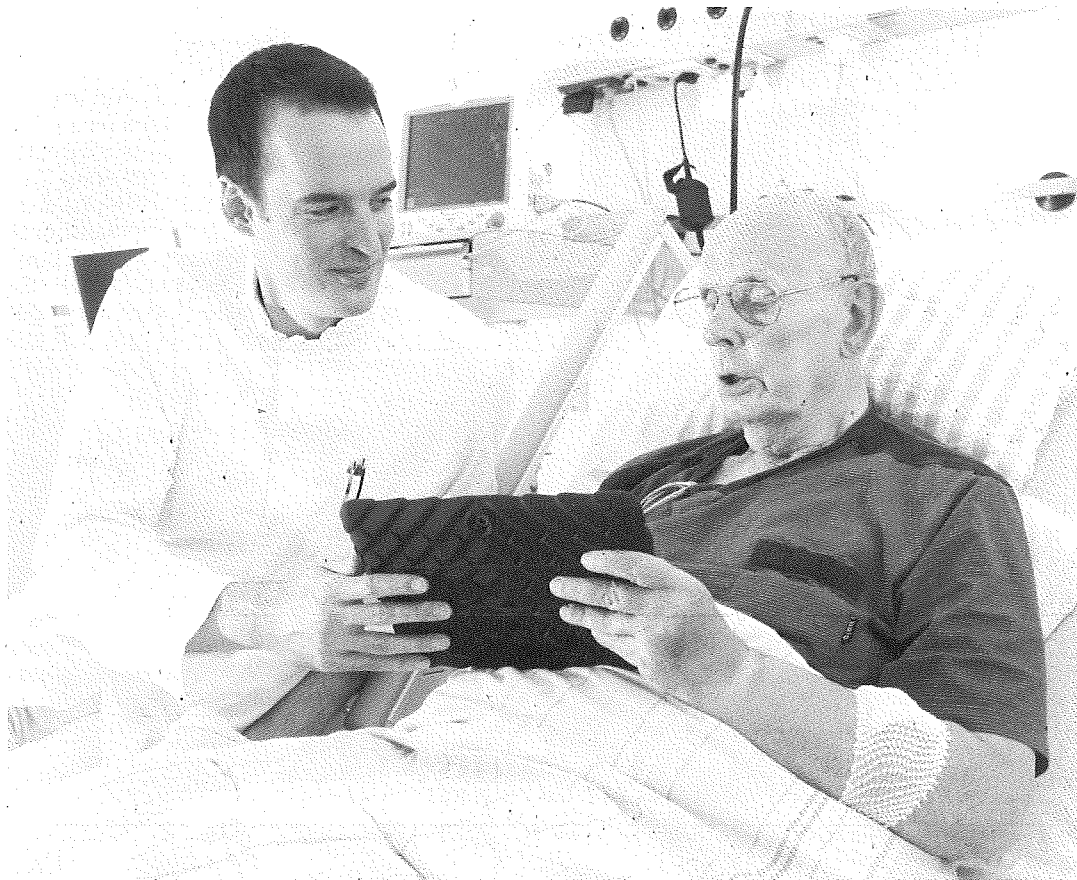
Da sie den Regierungsentwurf für ein neues Spitalgesetz begrüßt, vor allem weil DP, LSAP und Déi Gréng darin »eine gewisse Öffnung« der Krankenhausorganisation vorgesehen hätten, hat die

FHL dementsprechend »kein Verständnis für den Ärger der Ärzteorganisation«, die bekanntlich die Therapiefreiheit der Krankenhausärzte in Gefahr sieht. Gesundheitsministerin Lydia Mutsch und der Rest der Regierung wurden ermutigt, die »längst überfällige Reform auf gesetzlicher Ebene« wie geplant durchzuführen und der Ärzte- und Zahnärztereinigung AMMD nicht nachzugeben.

Die Gesundheitsministerin hat vor vier Wochen erklärt, sie sehe sich »nicht im Kampf mit der AMMD«, gleichzeitig hatte sie sich jedoch in keinem einzigen strittigen Punkt auf die Ärzteschaft zubewegt. So behauptet sie weiter, es diene in erster Linie dem Patientenwohl, wenn dem behandelnden Arzt vorgeschrieben wird, welche Hüftprothese oder welcher Herzschrittmacher er seinem Patienten einsetzen soll.

Das sieht auch die Krankenhäuserföderation so. Wobei Jean-Paul Freichel, der Verwaltungs- und Finanzdirektor des Centre Hospitalier de Luxembourg, auf der gestrigen Pressekonferenz erklärte, bei der Entscheidung einer Klinik für ein bestimmtes Medikament, ein bestimmtes Hüftprothesenmodell oder einen bestimmten Herzschrittmachertyp spielten »finanzielle oder budgetäre Kriterien keine Rolle« und die Ärzte könnten sich an der Auswahl aufgrund von medizinischen Fakten beteiligen.

Nachdem die AMMD das Gesprächsangebot der Ministerin für diesen Freitag angenommen hat, wird auch die FHL noch einmal mit Mutsch zusammenkommen, das Treffen sei für den 17. März angesetzt, hieß es gestern.



Hecken bestimmt wieder was gegen die Direktion aus: Arzt am Bett eines Krankenhauspatienten

(Foto: EPA)